

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt

16/2011

– mit Persönlichen Notizen –

Familienpflegezeit

Deutscher Bundestag beschließt Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Pflege

In letzter Woche hat die Union mit der „Familienpflegezeit“ ihre Politik zur Stärkung der Familie in dieser Wahlperiode fortgesetzt. Bereits zu Beginn der christlich-liberalen Koalition konnte durch eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes und der Kinderfreibeträge die finanzielle Situation von Familien verbessert werden. Mit dem Ausbau der Kindertagesbetreuung werden zudem berufstätige Eltern unterstützt. Eine weitere Förderung erfahren Familien mit dem nun beschlossenen Gesetz zur Familienpflegezeit. Erwerbstätigen soll es ermöglicht werden, ohne große finanzielle Einbußen ihre Arbeitszeit zu verringern, um Zeit für die Pflege von Angehörigen zu haben. Dabei ist es gelungen, ein modernes Modell zu entwickeln, von dem alle profitieren: die Pflegenden und ihre pflegebedürftigen Angehörigen sowie die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber – und das Ganze ohne Milliardenausgaben und ohne einen ungedeckten Scheck auf die Zukunft unserer Kinder. Im Einzelnen sieht das Familienpflegezeitgesetz vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 50 % reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen – und das bei einem Gehalt von in diesem Fall 75 % des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 % des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte in der Familienpflegezeit eine entsprechende Versicherung abschlie-

ßen. Die Prämien hierfür sind allerdings sehr gering. Damit durch die Lohnaufstockung für die Arbeitgeber keine Belastungen durch eine familienbewusste Arbeitsgestaltung entstehen, können diese zudem beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) ein zinsloses Darlehen im Umfang der Lohnaufstockung beantragen. Zu dem nun mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen beschlossenen Gesetz erläuterte der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe unserer Bundestagsfraktion: „Die Familienpflegezeit ist ein Meilenstein, um Berufstätigkeit und häusliche Pflege besser zu vereinbaren. Ab 2012 können pflegende Angehörige ihre Erwerbsarbeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren. Da das reduzierte Arbeitsentgelt zu einem Teil aufgestockt wird, müssen **keine** massiven Gehaltseinbußen hingenommen werden. Die Pflegezeit wird in der gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt. So wird es für die Betroffenen zu keinerlei oder nur sehr geringen Einbußen bei den Rentenanwartschaften kommen.“ Bei Arbeitnehmern mit geringem Einkommen wird mit dem nun errichteten Modell sogar Altersarmut verringert, da dieser Personenkreis dank der Familienpflegezeit bei der Rente sogar besser dasteht als ohne. Weiß erklärte weiter: „Flexibel reduziert werden kann die Arbeitszeit nach Absprache mit dem Arbeitgeber. So muss die Mindestarbeitszeit von 15 Std/Woche lediglich im Jahresdurchschnitt erreicht werden. So kann eine Zeitlang weniger und dann wieder mehr als 15 Wochenstunden gearbeitet werden. Dies wird auch dem Pflegealltag besser gerecht. Die Beschäftigten erhalten während der Pflege- und der Nachpflege-

zeit, also über vier Jahre hinweg, vollen Kündigungsschutz. Zudem haben sie einen Anspruch auf ihren alten Beschäftigungsumfang, wenn die Pflege des Angehörigen unvorhergesehen endet (etwa bei Heimunterbringung, Genesung oder Tod).“ Das nun geschaffene Modell ergänzt die bisherigen Regelungen des Pflegezeitgesetzes, wonach Beschäftigten eine vollständige oder teilweise – aber unbezahlte – Freistellung von bis zu sechs Monaten für die Angehörigenpflege zusteht. Bereits für die nächste Woche ist mit der Verabschiedung des neuen Bundeskinderschutzgesetzes eine weitere Verbesserung der Situation von Familien in Deutschland vorgesehen.

Deutschland ist und bleibt Stabilitätsanker

Letzte Woche hat die Bundesregierung ihre Herbstprognose vorgelegt. Hierzu erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion, Joachim Pfeiffer: „Die deutsche Wirtschaft hält auch in schwierigem Fahrwasser ihren Kurs. Für 2012 prognostiziert die Bundesregierung trotz Turbulenzen an Finanz- und Devisenmärkten ein Wirtschaftswachstum von 1 %. Damit folgt sie tendenziell der Einschätzung der führenden Wirtschaftsinstitute des Landes von letzter Woche. Diese gehen in ihrem Herbstgutachten ebenfalls von einem schwächeren Wachstum (0,8 %) aus, als noch im Frühjahr prognostiziert. Trotz Wachstumsrückgang ist und bleibt Deutschland ein Anker der Stabilität in einem immer schwieriger werdenden weltwirtschaftlichen Umfeld. Das macht auch die anhaltende positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich. Die Arbeitslosenquote sinkt nach Einschätzung der Bundesregierung 2012 auf 6,7 % gegenüber 7,0 % im Jahr 2011. Das bedeutet, die Arbeitslosenzahl bleibt im Durchschnitt unter der Drei-Mio-Marke. Die Koalition hat solide gewirtschaftet und die Haushaltskonsolidierung wieder auf den richtigen Weg gebracht. Das Ergebnis: stabiles Wachstum, weniger Arbeitslose und sprudelnde Steuereinnahmen auch im kommenden Jahr. Aber die derzeit bestehenden Risiken für die Weltwirtschaft gehen nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorüber. Daher muss es in unserem ureigensten Interesse liegen, gemeinsam mit den europäischen Partnern weiterhin intensiv an Lösungen für die Staatsschuldenkrise in Europa zu arbeiten. In Deutschland gilt es, den Mittelstand weiter zu stärken, denn er ist der Motor unserer Wirtschaft. Die Koalition stellt dafür die Weichen und unterstützt die Innovationsbereitschaft kleiner

und mittlerer Betriebe und sichert ihren Fachkräftebedarf. Die Union setzt auf moderne und wettbewerbsorientierte Regulierung in den Sektoren Energie, Bahn, Post und Telekommunikation, um den Wettbewerb anzukurbeln und Innovationspotenzial freizusetzen. Der Erfolg zeigt sich im Bereitbandausbau: von 10,8 Mio Anschlüssen im Jahr 2005 ist die Zahl bis 2010 auf 26,2 Mio gestiegen, und sie steigt kontinuierlich weiter. Bis spätestens 2018 sollen flächendeckend Breitbandanschlüsse (mit 50 MBit/s) verfügbar sein. Investitionen in Forschung und Entwicklung sichern ein stetiges Wachstum. Mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung will die Union größere Anreize schaffen, hier mehr Geld zu investieren.“

Deutschlands Rohstoffversorgung sichern

Deutschland zählt zu den größten Rohstoffkonsumenten der Welt und ist bei den Metallrohstoffen und vielen wichtigen Industriemineralien nahezu vollständig von Importen abhängig. Deutschland braucht auch in Zukunft Rohstoffe, um Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum zu sichern. Deshalb der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Wirtschafts- und Außenpolitik für eine sichere Rohstoffversorgung – Wachstum und Arbeitsplätze in Deutschland, Europa und den Partnerländern“, der durch den Bundestag beschlossen wurde. Der weltweit steigende Bedarf an Rohstoffen sowie die zum Teil starke Abhängigkeit von nur wenigen Abbau-Regionen und -Unternehmen zeigen, dass der Zugang zu Rohstoffen nicht allein von technologischen Möglichkeiten abhängt, sondern auch von den wirtschaftlich-politischen Rahmenbedingungen. Die Bundesregierung wird u.a. aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass gegen unzulässige wettbewerbsverzerrende Maßnahmen und Handelsbeschränkungen vorgegangen wird. Zudem sollen die außenwirtschaftlichen Instrumente des Bundes zur Rohstoffsicherung (z. B. Investitionsgarantien, Ungebundene Finanzkredite) bedarfsorientiert weiterentwickelt und flexibilisiert werden. Diese Woche wird unsere Bundestagsfraktion auf ihrem 2. Rohstoffkongress in Berlin eine Bilanz des Erreichten ziehen und Schritte in die Zukunft aufzeigen. Die Bundeskanzlerin wird dabei eine Grundsatzrede zur Rohstoffpolitik halten.

Reformationsjubiläum 2017

Einstimmig hat der Bundestag in dieser Woche den gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

und Bündnis 90/Die Grünen angenommen, der das Reformationsjubiläum im Jahr 2017 als „Ereignis von Weltrang“ einstuft. Mit dem Reformationsjubiläum und der laufenden so genannten Lutherdekade hat Deutschland die Möglichkeit, die historische Bedeutung der Reformation als gesellschaftliches, kulturelles und religiöses Ereignis für Deutschland, Europa und die Welt in besonderer Form zu würdigen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich an der Ausgestaltung der Lutherdekade aktiv zu beteiligen. Dabei sollen die bedeutenden historischen Orte der Reformation in bestehenden Förderprogrammen des Bundes im Bereich des Denkmalschutzes berücksichtigt werden. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien wird aufgefordert, die staatliche Geschäftsstelle "Luther 2017" mit ausreichend finanziellen und personellen Kapazitäten auszustatten.

Zitat

«Das ist es. Punkt, Aus, Schluss, Basta!»

(Der Sprecher von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Martin Kotthaus, versichert am Mittwoch in Berlin, dass beim Euro-Rettungsschirm EFSF nicht an der deutschen Haftungsobergrenze von 211 Milliarden Euro gerüttelt werden soll- **na g**)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis

Zwei sehr vielseitige Wahlkreiswochen gingen der letzten stark von der €-Diskussion geprägten Sitzungswoche voraus: Besuche bei der Kindertagesstätte Wasseralfingen <http://bit.ly/q2Wvex>, dem THW Ellwangen, eine Besichtigung im Fechtzentrum Heidenheim, das auch sehr viele Bundesmittel erhält einschließlich Gespräche mit Leistungsfechtern; Firmenbesuche bei GSA und MAPAL in Aalen. Erquickliche Teilnahmen bei den Jubiläen 50 Jahre DRK Tannhausen <http://bit.ly/o4hegg> und DRK Ohmenheim, packende Fußballspiele in Heidenheim gegen Darmstadt und in Aalen gegen Oberhausen. Parteipolitisch unterwegs bei der CDU Jahreshauptversammlung Stöttlen mit über 50 Teilnehmern (!) <http://bit.ly/roM72M>, CDU Kreisvorstandssitzungen in Heidenheim und Aalen sowie bei einer Ortsvorsitzenden-Konferenz der Ostalb-CDU und als stv. Bezirksvorsitzender bei der CDU-Bezirksvorstandssitzung Nordwürttem-

berg. Erstmals beim Beirat für Menschen in Behinderungen in Aalen. Auftakt des S21 Aktionsbündnis - dran denken, am 27.11. wählen gehen und mit NEIN gegen den Ausstieg aus S21 stimmen: <http://bit.ly/oXrw0g> und <http://bit.ly/qmjacg>. Im Nachgang zu den CDU-Sommeraktionstagen "Unterwegs für Jugend und Familie" Übergabe einer Spende der CDU und des Frischemarkts Böstler aus Hüttlingen für die leistungsstarke Fußball-Damenmannschaft Hüttlingen: <http://bit.ly/rtvlnH>. Imponierende Wiedereinweihung des Schlosses Brenz <http://bit.ly/pMu913> und <http://bit.ly/nfNC0w>, ein Besuch lohnt sich! Beindruckende Einweihung der neu gestalteten Otto-Ulmer-Halle in Adelmansfelden <http://bit.ly/nvpqvr> und <http://bit.ly/pWvaxs>. Spannender Frühschoppen besonders zum € bei der Kolpingsfamilie Ellwangen.

Am 10., 12. und 13. Oktober war ich entgegen meiner Planungen in Berlin und Bonn, um mich wegen einer überraschenden Information für den Standort Ellwangen kurzfristig und mit aller Kraft einzusetzen, s. Absatz 3.

Am letzten Wochenende besuchte ich neben dem Fußball das 40 jährige Jubiläum des Werkgymnasiums Heidenheim (eine absolut vielseitige Schule) sowie das 50jährige Jubiläum des Kegelclubs Schrezheim in der durch das Ehrenamt wunderbar neu gestalteten St.-Georg-Halle <http://bit.ly/nC0qNL> und <http://bit.ly/rfkgWm>.

2. Berlin

Die letzte Sitzungswoche war eng gepackt: Besuch der Seniorengruppe der katholische Kirchengemeinde Wasseralfingen mit spannenden Diskussionen zum €, Besuch/Bundespresseamtsfahrt mit 50 diskussionsfreudigen Gästen aus dem gesamten Wahlkreis ohne parteiliche Bindungen, auch hier standen der € aber auch Wahlkreisfragen wie B29 oder die Zukunft der Landwirtschaft im Gesprächsmittelpunkt. Aussprache mit dem baden-württembergischen Beamtenbund, Sitzung des Präsidiums des Reservistenverbandes, Diskussion mit Vertretern aus Russland, Ägypten, Nord-Sudan und Süd-Sudan, Bosnien-Herzegowina füllten meinen Terminplaner. Ein Besuch mit dem Kardinal-Höffner-Kreis bei der Deutschen Bahn mit unserem großartigen Gastgeber Schorsch Brunnhuber. Abrüstungsfragen, zivile Krisenprävention über OSZE und in Zentralasien, insbesondere aber die Euro-Diskussion prägten die Woche. Ich hatte zudem meine 29. Rede, hier ging es darum, ob

Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten Kurznachrichten

staatlich geförderte Investitionen für z.B. Riester-Renten in Rüstungsprojekte fließen dürfen. Die Rede wird diese Woche unter <http://bit.ly/jASAGD> zu finden sein.

Heute ist besonderer Geburtstag in unserem Berliner Büro, meine großartige Büroleiterin, Frau Sigrid Jokl-Gehring, feierte am 24.10. ihren 60. Geburtstag und Herr Alexander Arendt, der sämtliche Besuchergruppen organisiert, feiert heute seinen 37. Geburtstag. Ganz herzlichen Dank für das großartige Engagement an die beiden Säulen der Wahlkreis- und Büroarbeit.

3. Standort Ellwangen

Am Mittwoch, dem 26. Oktober gibt Minister de Maizière die Entscheidung über die künftigen Standorte der Bundeswehr bekannt. Von bisher 380 Standorten werden etliche Dutzend aufgelöst werden müssen. Der Auflösungsprozeß läuft zusammen mit der Umstrukturierung der Bundeswehr, rund 120.000 zivile und militärische Dienstposten/Arbeitsplätze fallen in den nächsten vier bis fünf Jahren weg.

Unser Staat muss erheblich sparen, die Streitkräfte gehen mit gutem Beispiel voran! Unsere Sicherheitspolitik und Einbindung in Bündnisse lässt das zu. Hoffentlich bleibt es so! Aber solch eine gewaltige Reform verlangt auch schmerzhaft Beiträge, ein solcher Beitrag ist die bisher geplante Auflösung des Standortes Ellwangen.

Im März habe ich erfahren, dass die Ellwanger Kaserne bereits auf der Streichliste stand. Mit einigem Aufwand ist es mir im April gelungen, sie wieder auf die Ausdünnliste zu stellen. Denn das, was der uniformierte Verband in Ellwangen leistet, wird woanders benötigt. Diese Information, die sehr diskret gehandhabt wurde, war bis Anfang Oktober gültig. Durch einen Zufall habe ich am 10. Oktober erfahren, dass Ellwangen wieder auf die Streichliste gerutscht war, diesmal, wie mir schien, nahezu unerbittlich fest. Auch das Sprachenzentrum, das Bundeswehrdienstleistungszentrum und eine kleine Einrichtung für unsere Reservisten stehen auf dem Prüfstand. Investitionen von über 26 Mio € in die Ellwanger Kaserne seit Sommer 2008, zählen nicht. Es gibt aufzulösende Standorte, in diese sind über 100 Mio € geflossen, aber eine Aufrechterhaltung wäre noch viel teurer.

Ich habe es auch im Interesse der betroffenen Soldatinnen und Soldaten wie zivilen Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter für wichtig gehalten, meine Infos rasch in die Öffentlichkeit zu geben, eine beispielhafte Solidaritätsaktion der gesamten Region, unserer Medien und regionalen Verantwortungsträger aus Politik und Wirtschaft hat es geschafft, dass die die Entscheidung noch einmal überdacht wird. Minister de Maizière sicherte mir in Vier-Augen-Gesprächen seine Prüfung zu - ergebnisoffen und Ergebnis offen. Ich danke allen, die mich in meinem Einsatz, ja Kampf um die Garnison Ellwangen in den letzten harten zwei Wochen massiv unterstützt haben! Das war eine großartige Gemeinschaftsaktion.

Bereits im Jahr 2004, als die Auflösung der Alb-Brigade entschieden wurde, habe ich beim Oberbürgermeister der Stadt Ellwangen Alternativplanungen angeregt - und seither immer wieder, denn wo einmal der Rotstift angesetzt ist, lässt er nicht mehr locker. Nun bleiben wir noch zwei Tage geduldig.

Ich werde deshalb am Mittwoch - trotz Sitzungswoche in Berlin - im Wahlkreis sein, um mich gemeinsam mit dem Oberbürgermeister von Ellwangen, dem Landrat des Ostalbkreises und unserem Landtagsabgeordneten in einem Pressegespräch den Fragen zu diesem bundespolitischen Thema mit heftigem lokalen Bezug zu stellen.

Herzliche Grüße Ihr und Euer

